Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 25 (1946)
Heft: 3

Artikel: Das Zweite und das Dritte Reich [Schluss]
Autor: Kautsky, Benedikt
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-335390

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Sowjetunion wird in der nächsten Weltkrise den Ölpreis drücken können. Die Lenker der Ölgesellschaften, die ihre internationale Macht über zwei Weltkriege hinweg erhalten und erweitert haben, empfinden diese Möglichkeit als Bedrohung. In Moskau ist man informiert darüber, welche Anstrengungen gemacht wurden, um auch das Öl Rußlands in die weltbeherrschenden Trusts einzubeziehen oder wenigstens genau Kenntnis darüber zu erlangen, wieviel Öl im Gebiete der Sowjetunion produziert wird und wieviel sich noch in der Erde befindet. Man weiß in Moskau auch, daß die Lenker der Ölgesellschaften den Krieg nicht fürchten. Wenn alle Staaten und Länder am Krieg verlieren, das Ölkapital gewinnt jeden Krieg. Der Reingewinn der Royal Dutch stieg von 1917 bis 1918 um 100 Prozent. Für Texas Oil stieg der Reingewinn im gleichen Jahre um 80 Prozent. Und im zweiten Weltkrieg hatten nur zehn der USA-Ölgesellschaften im Jahre 1941 zusammen 204,4 Millionen Dollar Reingewinn und im Jahre 1942, trotz allen Kriegssteuern, noch 170,9 Millionen Dollar.

In vielen Konferenzen wird seit zwei Jahren über die Aufteilung des in der Erde vorhandenen Öls zwischen den USA und England eifrig verhandelt. Manchmal wurde die Hoffnung und der Wunsch ausgesprochen, daß auch die Sowjetunion an diesen Verhandlungen teilnehmen soll. Aber solange auf seiten der Anglosachsen Vertreter des privaten Ölkapitals bei den Verhandlungen sitzen, ist wenig Aussicht vorhanden, daß sich die Russen ernstlich an diesen Verhandlungen beteiligen, und noch weniger Aussicht, daß eine Einigung über die Verteilung der Weltvorräte an Öl zustande kommt, die dem Geiste der Atlantikcharta entspricht.

BENEDIKT KAUTSKY

Das Zweite und das Dritte Reich

(Schluß)

XII.

Aber nicht nur außen-, auch innerpolitisch sollte das Jahr 1878 ein Schicksalsjahr für Deutschland werden. Wir haben vorhin — zeitlich ein wenig vorgreifend — den maßgebenden Anteil der Nationalliberalen am Aufbau der Verwaltung und Gesetzgebung des neuen Reiches geschildert. Bismarck hatte es überdies verstanden, durch den «Kulturkampf» gegen die katholische Kirche den Eindruck seiner «liberalen» Schwenkung zu ver-

stärken — die Liberalen ahnten nicht, daß sie um einige Linsengerichte, wie Zivilehe und bürgerliche Standesregister, das Erstgeburtsrecht des Rechtsstaates verkauften. Ihre Zustimmung zu den Ausnahmegesetzen gegen den Klerus war der Sündenfall, den sie einst bitter bereuen sollten.

In der Butzenscheiben-Romantik des damaligen Bürgertums erschien Bismarck als der Mann, der «nicht nach Canossa ging». Erinnerungen an Luther, an die Kämpfe der deutschen Kaiser gegen das Papsttum wurden wach und halfen, die Gestalt Bismarcks mit einem mittelalterlichen Glorienschein zu umgeben. In Wirklichkeit war es Bismarck gar nicht um das Prinzip der Meinungsfreiheit, sondern um die Macht zu tun, und ihm war es unbequem, daß in seinem Bereich eine Organisation existieren sollte, die nicht seinem Befehl gehorchte. Borniert, wie er war, unterschätzte er die Kraft geistiger Bewegungen und glaubte, mit brutaler Gewalt zum Ziel zu kommen. Als er die Unmöglichkeit seines Versuches erkannte, brach er den Kampf ohne Rücksicht auf die grundsätzlichen Probleme ab und schloß mit dem Zentrum, der katholischen Partei, seinen Waffenstillstand. Eine der wesentlichsten Friedensbedingungen, die er dem Papst abringen wollte, war die Beeinflussung der katholischen Reichstagsfraktion durch die Kurie in dem Sinne, daß sie Bismarck Gefolgschaft leisten solle. Das waren die Prinzipien, für die der neudeutsche Glaubensheld in den Kampf gegen Rom gezogen war!

Bismarck brauchte diesen Friedensschluß um so dringender, als sein Verhältnis zu den Liberalen in eine Krise geriet. Der gewonnene Krieg mit der riesigen Kriegsentschädigung, die Herstellung des großen inneren Marktes zugleich mit bedeutsamen technischen Umwälzungen in der Stahlindustrie, die den Wert der lothringischen Eisenerze in ungeahnter Weise vermehrten, mit dem Eisenbahnbau, dem internationalen Aufschwung der Wirtschaft brachten Anfang der siebziger Jahre der deutschen Industrie märchenhafte Gewinne. Bismarck war in Geldfragen — sagen wir, unbefangen genug, um die Bedeutung des Verdienens richtig einzuschätzen. Er wußte, daß sich hinter der liberalen Freude am neuen Reich und an der Feindschaft gegen den Papst die Freude am Profit verbarg, er wußte aber auch die Bedeutung des wirtschaftlichen Aufschwungs für die politische und militärische Macht zu schätzen. Ohne diesen ökonomischen Rückhalt hätte er nie die Politik der konsequenten Aufrüstung treiben können, die schon in den achtziger Jahren den Kontinent in ein Waffenlager verwandelte.

Aber dieses Hineintreiben Deutschlands in den Kapitalismus hatte für ihn äußerst unerwünschte innenpolitische Folgen. Es drohte eine Machtverschiebung zwischen Industrie und Landwirtschaft, so daß der preußische

Großgrundbesitz ins Hintertreffen zu geraten schien. War er einmal entmachtet, so wäre Deutschland den Weg Englands gegangen, wo im Anfang des 19. Jahrhunderts die entscheidenden Schlachten zwischen den liberalen Industriellen und den konservativen Grundbesitzern geschlagen worden waren, die mit dem Sieg der Industrie und damit des Parlamentarismus endeten. Davor graute Bismarck, der, je älter er wurde, immer herrischer seine persönliche Macht ausbaute.

Die Situation wurde um so gefährlicher, als die amerikanische Getreidekonkurrenz infolge der Aufschließung der Prärien im Mississippibecken durch die Eisenbahnen den ostelbischen Grundbesitz völlig zu ruinieren drohte. Dieser hatte bisher als Exporteur den Freihandel verfochten; jetzt, im Inland bedroht, forderte er Schutzzölle. Diesem widerstrebte die liberale Industrie, bis auch sie durch die schwere Krise Ende der siebziger Jahre zu einer Umkehr veranlaßt wurde. Namentlich die jäh aufgeschossene Schwerindustrie hatte durch die Krise zu leiden; sie war vor allem bereit, mit den Junkern ihren Frieden zu machen auf der Grundlage der gleichzeitigen Einführung von *Eisen- und Getreidezöllen.*

Dieses *Bündnis von Großgrundbesitz und Schwerindustrie* ist die eigentliche Grundlage der aggressiv nationalistischen und militaristischen Politik Deutschlands geworden. Beide Gruppen hatten an ihr das gleiche Interesse: der preußische Junker als der Träger des Offizierskorps und die Rüstungsindustrie als die Lieferantin der Kanonen und bald auch der Panzerplatten für die Flotte. Auch in andern Ländern, wie im zaristischen Rußland oder in Österreich-Ungarn, gab es einen militaristischen Adel, es gab in England oder den Vereinigten Staaten Rüstungsindustrielle, für die der Krieg das beste Geschäft war, — *die Vereinigung von beiden zu einer organisierten Kraft gab es nur in Deutschland,* und ihr legitimer Vater ist Bismarck, soweit überhaupt ein einzelner Mensch Schöpfer sozialer Strukturen sein kann. In dieser nur auf den Krieg berechneten Maschinerie lag die mit jedem Jahrzehnt wachsende Gefahr für den Weltfrieden; da es nicht gelang, sie zu zerbrechen, da sie von Bismarck zu dauerhaft konstruiert worden war, trägt er ohne Zweifel sein gerüttelt Maß an Schuld am ersten Weltkrieg.

XIII.

Um die widerspenstig werdenden Nationalliberalen kirre zu machen, benützte Bismarck die zwei Attentate auf Wilhelm I. Obwohl ein Zusammenhang der Attentäter mit der Sozialdemokratie nicht nachgewiesen wurde,

ergriff Bismarck die Gelegenheit, um ein Ausnahmegesetz gegen sie zu fordern. Nach dem am 11. Mai 1878 erfolgten Attentat Hödels waren die Nationalliberalen noch nicht weich genug: sie lehnten den Entwurf ab. Der zweite Anschlag Nobilings, am 2. Juni, führte zu einer schweren Verwundung des Kaisers. Darauf löste Bismarck den Reichstag auf; die Neuwahlen brachten den Nationalliberalen und Freisinnigen eine Niederlage, den Konservativen Gewinne. Nun gaben die Nationalliberalen ihre Grundsätze preis und stimmten für den Entwurf[28].

Damit gruben die Nationalliberalen ihr eigenes Grab. Sie wurden durch die wirtschaftlichen, bald auch durch die persönlichen Interessen ihrer Führer, die in staatliche Stellungen avancierten, derart an das Regime gebunden, daß sie nicht mehr aus der mit den Konservativen und dem versöhnten Zentrum[29] gebildeten Reichstagsmehrheit ausbrechen konnten. Wohl splitterte sich 1880 der linke Flügel ab — hauptsächlich, aber nicht allein, wegen der Differenzen in Fragen der Handelspolitik — und bildete mit den Liberalen die Deutsch-Freisinnige Partei, aber die Macht des Liberalismus war endgültig gebrochen.

Die Fortentwicklung des innenpolitischen Lebens stockte vollkommen. Die Stellung des Reichstages wurde von Bismarck auf jede nur erdenkliche Weise gemindert, gegen die Sozialdemokratie wurde mit dem Ausnahmegesetz regiert, aber ebenso wurde kein liberaler Beamter geduldet. Die Abwendung des deutschen Bürgertums von der Politik hat zum großen Teil in dieser von Bismarck ganz bewußt geförderten Verächtlichmachung des Politikers und Beamten ihren Grund: zur gleichen Zeit, da Deutschland geniale Ärzte, Chemiker, Techniker, Industrieorganisatoren hervorbrachte, ist nicht ein einziger bedeutender Politiker hervorgetreten.

XIV.

Unter dem Druck der bis Ende der achtziger Jahre anhaltenden Krise haben sich in Deutschland Strömungen entwickelt, deren Untersuchung gerade in der heutigen Zeit wichtig ist. In Anknüpfung an Gedankengänge

---

[28] Eyck schildert (III, Seite 227), wie Bismarck in Varzin auf seinem Spaziergang die Nachricht von dem Attentat Nobilings empfing. «Dann lösen wir den Reichstag auf!» waren seine ersten Worte. Dann erst erkundigte sich der treue Diener nach dem Befinden seines Herrn.

[29] Die Rolle des Zentrums in diesem Abschnitt der deutschen Geschichte sollte gerade heute viel mehr beachtet werden, da der Katholizismus sich als Träger des antifaschistischen Kampfes ausgibt.

aus seiner bonapartistischen Zeit versuchte Bismarck die Peitsche des Sozialistengesetzes, dessen Fehlschlag ihm jede Wahl bewies, durch das Zuckerbrot der *sozialen Demagogie* zu ergänzen. Ohne die objektive Bedeutung der Sozialversicherung, die damals eingeführt wurde, zu verkleinern, kann man doch ruhig behaupten, daß für Bismarck, der in sozialpolitischen Fragen stets auf dem «Herr-im-Hause»-Standpunkt verharrte, nicht der soziale, sondern nur der politische Zweck in die Waagschale fiel.

In dieselbe Richtung weisen korporative Gedankengänge, mit denen Bismarck spielte, um eine Machtverkleinerung des Parlaments zu erzielen. Vor allem aber gehört hierher die Bewegung des Hofpredigers *Stöcker*, der mit antisemitischen Phrasen ein soziales Kaisertum anpries; mit ihren Anfängen sympathisierten nicht nur der damalige Prinz Wilhelm, der nachmalige Wilhelm II. und sein Kreis, sondern auch Bismarck, obwohl er sonst keineswegs den handfesten Antisemitismus seiner Kaste teilte. Davor bewahrte ihn schon sein intimes Verhältnis zu seinem Leibbankier Gerson *Bleichröder*.

Es waren also schon damals viele Elemente des *Faschismus* gegeben, und Bismarck handelte ganz folgerichtig, wenn er sich gegen die wiederaufkommende Arbeiterbewegung, die die neu erwachende Wirtschaftsbelebung zu Streiks benützte, mit *Staatsstreichplänen* trug. Um ihre Verwirklichung ging es bei dem Streit mit dem jungen Kaiser, der den Sturz des Kanzlers 1890 herbeiführte, und das geschichtliche Recht war zweifellos auf der Seite des Kaisers, so sehr die spätere Entwicklung ihn ins Unrecht zu setzen schien.

Aber hat nicht Bismarcks despotische Art jeden Charakter in der Bürokratie zerbrochen und dadurch erst den selbstherrlichen Methoden Wilhelms II. den Weg geebnet, haben nicht seine diplomatischen Allüren erst das unheilvolle Wirken der «Grauen Eminenz» des Kaiserreichs, des Herrn *von Holstein*, ermöglicht? Nein, Bismarcks Schuld an den heutigen Zuständen in Deutschland, aber auch an dem Unglück, das die ganze Welt betroffen hat, ist nicht zu leugnen, und Eycks Werk, das bei aller Hochachtung vor Bismarcks Gaben sein Werk und seinen Charakter kritisch beurteilt, ist ein wichtiger Beitrag zu ihrer Erkenntnis.

XV.

Wenn wir der Besprechung von Eycks Werk noch einige Gedankengänge anfügen, so geschieht das nicht in der Absicht, gegen ihn zu polemisieren, sondern um einige brennende Fragen der Gegenwart an Hand des historischen Materials zu behandeln.

Was Eyck über den Liberalismus sagt, trifft mit den notwendigen Abänderungen auch für die *sozialistische Arbeiterbewegung* zu. Durch die wirtschaftliche Vormachtstellung Deutschlands in Europa fiel ihr die Führung in der Internationale zu; sie blieb auf dem Boden des unbeirrbaren Klassenkampfgedankens stehen. Gewiß, das war in hohem Maße das Verdienst *Bebels* und *Liebknechts*, aber, wenn man so will, so war es auch das Bismarcks und seiner Nachfolger. Duldete man schon keinen liberalen Beamten in preußischen oder Reichsdiensten, so galt das doppelt für die Sozialdemokraten; diesen war auch das kleine Betätigungsfeld verschlossen, das sich dem Freisinn in den preußischen Gemeinden und in einzelnen süddeutschen Staaten bot.

Wo sollte der deutsche Arbeiter Unterkunft suchen? Die Brutalität der Unternehmer, der Justiz, der Verwaltung, demonstrierte ihm täglich — auch nach Aufhebung des Sozialistengesetzes — was Klassenkampf ist, der engstirnige Manchesterliberalismus Eugen *Richters*, des Führers der Fortschrittler, ließ einen sozialen Liberalismus nur in einigen Exemplaren gedeihen — der deutsche Arbeiter *mußte* Sozialdemokrat werden, wenn er nicht die Augen mit Gewalt vor den Tatsachen verschloß. Und diese Sozialdemokratie *mußte* klassenbewußt sein, da ihr jede Mitverantwortung an Regierung und Verwaltung verweigert wurde.

Freilich drohte der Radikalismus zum Schein zu werden, denn die mächtig anwachsenden Organisationen von Partei und Gewerkschaften mit ihren Zeitungen, Druckereien, Verlagen, Sekretariaten, Hilfskassen waren eben doch mehr als nur Ketten, die das Proletariat zu verlieren hatte, wenn es zu revolutionären Bewegungen kam. Aber noch reichte das Trägheitsmoment hin, um die Fortsetzung der alten Taktik zu gewährleisten: die letzten Jahre vor dem Weltkrieg sahen die beiden Lager der Arbeiterschaft und der regierenden Schichten in einer Art Schützengrabenstellung gegenüberstehen, und die Generalstreikdebatte in Partei und Gewerkschaft war vor allem ein Zeichen, daß man auf irgendeinem Wege einen Ausweg aus dem Dilemma suchte.

Die Lösung kam durch den *Krieg*. Er machte es dem Staat unmöglich, auf die Mitwirkung der Arbeiterschaft zu verzichten. So töricht Bethmann-Hollweg in den Krieg «hineinschlitterte», so wußte er ganz genau, daß er die Hilfe von Partei und Gewerkschaft brauchte. Darum sein Bestreben, Deutschland als überfallen, Rußland und den Zarismus als den Angreifer erscheinen zu lassen, um den alten Haß des deutschen Arbeiters gegen diesen Erbfeind der Freiheit mit dem ganz instinktiven Willen zur Landesverteidigung zu koppeln. Sein Versuch gelang in überraschendem Maße, die Frak-

tion stimmte den Kriegskrediten am 4. August 1914 zu. Gewissermaßen als Belohnung dafür wurden nun Arbeitervertreter zur Verwaltung herangezogen, in der Steuerung des Arbeitseinsatzes. in den rasch anwachsenden Kriegszentralen, in den Versorgungsorganen der Gemeinden. Endlich schien sich ein Weg für die Demokratisierung Deutschlands von innen her zu öffnen, und die lang aufgestauten Energien vor allem der Gewerkschafter drängten zur Mitarbeit.

Aber im Gegensatz zu dieser Entwicklung stand die Kriegspolitik der Regierung. Aus dem angeblichen Verteidigungs- war längst der Angriffskrieg geworden, und gegen ihn erhob sich die wachsende Opposition derjenigen, denen sozialistische Grundsätze und internationale Verpflichtungen höher standen als die Mitarbeit am Staate. Man fand in Deutschland nicht den Weg, die Gegensätze zu überbrücken, es kam zur Spaltung der Fraktion und dann der Partei in die Mehrheitssozialdemokratie und die «Unabhängigen». Aber damit nicht genug. Links von den Unabhängigen erschien, beeinflußt von den Gewaltmethoden des Krieges und dann der siegreichen bolschewistischen Revolution, genährt auch aus den ungeschulten Elementen der Arbeiterschaft riesenhaft angeschwollenen Rüstungsindustrie, die ihre Arbeitskräfte unter den Frauen und Jugendlichen vielfach ländlicher Bezirke suchen mußte, der Spartakusbund, der sich sofort nach der Revolution in die Kommunistische Partei verwandelte.

So fand der militärische Zusammenbruch 1918 das deutsche Proletariat dreifach gespalten, und alsbald begann der Bruderkrieg zwischen den drei Gruppen. Da die große Masse der gewerkschaftlich und politisch geschulten Arbeiter nur *eine Sehnsucht* kannte: «Nie wieder Krieg», die Gewehre wegwarf und nach Hause eilte, war das rein militärische Gewicht der Kommunisten, die sich vielfach aus jüngeren, nicht durch die Schule des Krieges gegangenen Elementen rekrutierten, relativ größer, als ihrem damaligen zahlenmäßigen Anteil an der Arbeiterschaft entsprach. Um dieses Mißverhältnis auszugleichen, kam Ebert, der unbestrittene Führer der Mehrheitler, auf die Idee, hinter dem Rücken seiner Regierungskollegen die alten Offiziere zur Hilfe aufzurufen. Das war der Todesstoß für die junge demokratische Republik.

Von diesem Augenblick an war sie die Gefangene der Landsknechtbanden — auch unter den bei der Fahne gebliebenen Offizieren hatte sich eine Auswahl der Schlechtesten vollzogen —, und da infolge der Spaltung nie eine proletarische Mehrheit im Reichstag existierte und die bürgerlichen Koalitionsparteien jeden energischen Eingriff in das Privateigentum verhinderten, blieben die Grundfesten des Bismarckschen Deutschlands, Junkertum und

Industriefeudalismus, mit allen ihren Auswirkungen in Justiz und Verwaltung bestehen. Ja, als die Republik durch die ärgsten Fährnisse, durch Kapp-Putsch und Ruhrkrieg, hindurchgekommen war, da kamen die Auslandskredite, die dem nunmehr stabilisierten Staat zuflossen, vor allem der Schwerindustrie, in geringerem Umfang auch dem Großgrundbesitz zugute. Und von dieser Position aus ging das Großkapital zur *Offensive gegen Demokratie und Sozialismus* vor — in echt bismarckschem Geist, in jener Mischung von demagogischer Arbeiterfängerei, feudalem Partikularismus, Nationalismus, Antisemitismus, Militarismus, für die wir bei Bismarck alle Elemente gegeben fanden.

Freilich verfügte das Konsortium der Junker und Industriemagnaten, die diese Offensive für die Wiederaufrüstung und gegen die Sozialpolitik begannen, die Kirdorf, Krupp und Hugenberg, die Papen und Oldenburg-Januschau, über Voraussetzungen, die Bismarck nicht gegeben waren. Dieser wollte seinen Staatsstreich aus heiterem Himmel in einem Rechtsstaat nach zwanzigjährigem Frieden provozieren, jene fanden ein durch Krieg, Inflation und Krise zerrüttetes Staatswesen vor. Putsche, Verschwörungen waren nichts Auffallendes, das Proletariat zerfiel in Arbeitende und Arbeitslose, es gab ein ungeheuer angeschwollenes Lumpenproletariat, das sich vorwiegend aus dem durch Inflation enteigneten Mittelstand und der Intelligenz rekrutierte, und es gab noch immer genug Landsknechte vom letzten Krieg her, die gegen Bezahlung zu jeder Gewalttat zu haben waren.

Das Unternehmen stand also von vornherein unter einem günstigeren Stern als Bismarcks im Keim erstickter Versuch von 1890. Es gelang um so besser, als das Bürgertum nach kurzem Schwanken völlig kapitulierte und die Arbeiterschaft gespalten blieb und sich auf keine gemeinsame Taktik einigen konnte. Ja, man kann sagen, das Unternehmen gelang nur allzu gut, viel besser, als seine Initianten gehofft hatten.

XVI.

Man hat den Faschismus häufig als *die* Form des Spätkapitalismus bezeichnet. Das ist in diesem engen Sinn zweifellos falsch. Einerseits ist keines der wirtschaftlich hochkapitalistischen Länder faschistisch geworden, anderseits geht er historisch von feudalen Ländern mit mehr oder minder kapitalistischem Einschlag aus, wie vor allem von Ungarn, Rumänien, Polen und eigentlich auch Italien. Dem entspricht auch die Sympathie der katholischen Kirche für den Faschismus in diesem Stadium, da sie sich von einer Wieder-

anknüpfung an mittelalterliche Formen des Korporationswesens mehr versprach als von einer dauernden Zusammenarbeit mit der modernen Demokratie.

Ebenso zweifellos ist aber richtig, daß der Kapitalismus damals den Faschismus lieber sah als eine auf die Arbeiterschaft gestützte Demokratie und daß er dieser Sympathie klingenden Ausdruck verlieh. Am liebsten war ihm der Faschismus im fremden Land, dessen Unterstützung sein konstitutionelles Gewissen nicht belastete, aber gleichzeitig als Schutz gegen den Bolschewismus diente und sich meist in Rüstungsgeschäften bezahlt machte.

Die große Ausnahme bildete Deutschland. Seine Entwicklung paßte jetzt so wenig wie im 19. Jahrhundert in das allgemeine Schema. Die Verseuchung mit bismarckschen Gedankengängen wirkte nach, die deutsche Schwerindustrie glaubte wirklich, in einer faschistischen Diktatur herrschen zu können. Hierin täuschte sie sich: Hitler war schlauer und stärker als Schacht und Hugenberg. Mit ihrem Geld rüstete er die Partei und seine Privatarmeen aus, mit denen er dann den Staat beherrschte.

Trotzdem wäre es falsch, die Rolle des Großkapitals und des Großgrundbesitzes im Nationalsozialismus zu verkennen. Gerade in der Verbindung des alten bismarckschen Deutschlands mit dem neuen faschistischen lag die ungeheure Kraft, die tiefe Verwurzelung, die das Nazisystem im Gegensatz zu den andern Ländern erreichte. In Deutschland gab es praktisch nur *einen* Feind des Faschismus: das Proletariat; neben ihm verschwinden die kleinen Gruppen von Intellektuellen, liberalen Kapitalisten, kirchlichen Elementen beider Konfessionen, die zu spät die Gefahr des totalen Machtanspruchs erkannten. In den andern faschistischen Ländern gab es zumeist ein Königtum, einen Hochadel, ein Offizierskorps, die sich bald gegen die plebejischen Emporkömmlinge stellten. Dieser Widerstand fehlte in Deutschland; denn mit Ausnahme der herrschgewohnten Schicht des Junkertums, die durch die rasende Aufrüstung zum großen Teil mit Offiziersstellen versorgt und überdies durch einen weit über alles Bisherige hinausgehenden Agrarschutz wirtschaftlich zufriedengestellt wurde, hatte in Deutschland nie eine Gruppe regiert, auch die Schwerindustrie nicht. Sie war zu Kaisers Zeiten mit der Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse abgespeist worden, und empfand daher den Zustand des Nationalsozialismus nicht als etwas besonders Neues.

So entstand denn jene Unterdrückungsmaschinerie, die in der Welt ihresgleichen nicht hatte, in der der Terror auf jeglichem Gebiet triumphierte, auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem, religiösem, in der er aber auch die grauenhafteste, weil am meisten durchdachte und am

gründlichsten organisierte Form annahm. Wenn Marx einmal sagte, daß sich in der Weltgeschichte alles zweimal abspielte, einmal als Tragödie und dann als Komödie, so hat er in diesem Fall recht und unrecht zugleich: wohl ist Hitler nur die Karikatur Bismarcks, aber die Komödie ist viel blutiger ausgefallen als das Trauerspiel.

Dennoch wurzelt das Dritte Reich Hitlers im Zweiten Bismarcks, und man kann Hitlers Hinterlassenschaft nur dann beseitigen, wenn man die Grundlagen beiseiteschafft. Es genügt nicht, das Heer von Landsknechten und Banditen auszurotten oder zu evakuieren, das in der Form von SS- oder SA-Leuten, von Parteifunktionären, von Leitern der verschiedenen Gliederungen, von Beamten und Industrieführern den Staat terrorisierte und plünderte — man muß auch die Bastionen des Grundbesitzes und der Schwerindustrie zertrümmern. Der preußische Junker hat durch die Enteignung seines Grundbesitzes durch Russen und Polen aufgehört zu existieren, durch die Enteignung von Krupp, der IG-Farben und des Ruhrkohlenbergbaues ist auf industrieller Seite ein vielversprechender Anfang gemacht.

Erst wenn diese Hindernisse beseitigt sind, dann kann die mühselige Arbeit an der Erziehung des deutschen Volkes zur Demokratie beginnen — dann erst besteht Hoffnung, daß Deutschland in seinem politischen Denken Anschluß an Westeuropa findet und aufhört, das politische Rätsel zu sein, das es bisher war — dann aber wird das deutsche Volk endlich erkennen, daß Bismarck mit all seinen großen Gaben nichts anderes war als einer der großen Verderber Deutschlands, deren Kette von Luther angefangen über Friedrich II. und Bismarck zu Adolf Hitler führt.

Eine Botschaft des Präsidenten Truman an den Kongreß der Vereinigten Staaten

(Schluß)

13. Steuerrevision für die Übergangszeit (Transition Tax Revision). Steuern werden für die Gewinnung eines gedeihlichen Friedens eine lebenswichtige Rolle spielen.

Ich empfehle, ein Übergangssteuergesetz so rasch wie möglich zu erlassen, damit Vorkehrungen zu beschränkten Steuerherabsetzungen für das Kalenderjahr 1946 getroffen werden können. Wie das Steueranpassungsgesetz von 1935 soll das neue Gesetz prinzipiell bei der Abtragung von Hindernissen helfen, die einer beschleunigten Umstellung auf unsere Friedenswirtschaft und ihrer Erweiterung im Wege